



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens, Nr. 5

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens

Nr. 5

Verantwortlich: **Dr. Max Hilbebert Boehm**
Schriftleitung: **Bromberg, Welzienplatz 1 III**
Fernruf Nr. 321

9. April 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Der deutsche Charakter der Städte Posen und Westpreußens. Ventschen eine deutsche Stadt — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen — Kleine Nachrichten.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Der deutsche Charakter der Städte Posen und Westpreußens

Das wiederholt erwähnte polnische Sammelwerk „Polen“ stellt am Beginn seiner statistischen Darlegungen fest (S. 63), daß „die qualitative Bedeutung der einzelnen Nationalitäten keineswegs immer der numerischen proportional“ sei. Dieser Satz verdient ungeteilte Zustimmung. Er trifft besonders auf die Industrie und das Gewerbe zu; denn hier ist nicht die bloße Zahl der gewerblich Tätigen, sondern in ungleich höherem Maße ihre wirtschaftliche Stellung und Kraft von Bedeutung.

Der Sitz von Industrie, Handel und Verkehr sind überwiegend die Städte. 1905 waren in der Provinz Posen 44640 industrielle und gewerbliche Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter, überhaupt Personen in leitender Stellung vorhanden; davon saßen nur 15338, also etwas mehr als $\frac{1}{3}$ auf dem Lande. Das wirtschaftliche Leben in der Provinz, soweit es gewerblicher Natur ist, konzentriert sich also durchaus in den Städten. — Die Städte in Posen und Westpreußen sind überwiegend deutsch. Das Sammelwerk „Polen“ erkennt für Westpreußen an, daß „die Städte und Seehäfen schon zur Zeit der polnischen Herrschaft in ziemlich hohem Grade deutschen Charakter“ trugen, meint aber kurz darauf, daß „die Städte bei der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Provinz nicht so sehr Lebenszentren des ganzen Landes als vielmehr künstlich aufgepflanzte Beamten-siedlungen“ seien. (S. 71 und 73) Diese letzte Behauptung namentlich schlägt den Tatsachen ins Gesicht. Der deutsche Charakter der Städte ist historisch begründet. Polen hat in seiner Geschichte ja nie ein eigenes Bürgertum hervorgebracht; Deutsche und Juden waren stets die Träger städtischen Lebens in Polen; erst in den letzten Jahrzehnten ist ein polnisches Bürgertum in Preußisch-Polen allmählich entstanden. Gerade die westpreußischen Städte haben in der Tat immer „in ziemlich hohem Grade deutschen Charakter“ gehabt, zum Teil, wie etwa Danzig, sind sie stets rein deutsch gewesen; gerade dies ist eine der Hauptfolgen der langen deutschen Vergangenheit, die Westpreußen gehabt hat. So hatte 1910 Danzig 97 Prozent Deutsche und nur 2,5 Prozent Polen, Thorn 67 Prozent Deutsche, Graudenz 86 Prozent, Marienwerder 96 Prozent; die bedeutenderen Weichselstädte sind sämtlich überwiegend deutsch. Für die Städte im ganzen zeigt sich dasselbe: 498000 Deutschen (83 Prozent) standen nur 94000 Polen in den Städten gegenüber. Auch in der

Provinz Posen liegen die Verhältnisse ähnlich, obwohl die geographischen Verhältnisse hier der städtischen Entwicklung weniger günstig sind, und auch die historischen Grundlagen, wie die deutsche Ordenszeit sie in Westpreußen legte, dafür fehlen. Aber auch hier wohnen in den Städten 369000 Deutsche und 351000 Polen. Namentlich in den Städten des Regierungsbezirks Bromberg überwiegt das deutsche Element; denn hier sind 158000 Deutsche neben 105000 Polen vorhanden. Wie wir sehen, ist im Regierungsbezirk Bromberg das Deutschtum der Zahl nach im ganzen mindestens ebenso stark wie das Polentum, in den Städten und Landgemeinden ihm überlegen; nur in den Gutsbezirken bleibt es hinter ihm zurück. In den Städten des Regierungsbezirks Posen haben dagegen die Polen die Mehrzahl, wenn auch bei weitem nicht in dem Maße wie auf dem platten Lande (247000 Polen gegen 212000 Deutsche). Unter den vielen Städten der Provinz Posen haben nur 8 über 10000 Einwohner; davon sind 5 überwiegend deutsch, so vor allem Bromberg (82 Prozent), dann Schneidemühl, Lissa, Rawitsch und Krotoschin, die bis auf Krotoschin sämtlich über 80 Prozent Deutsche haben. Eine polnische Mehrheit, aber eine wesentlich kleinere, haben Posen (57 Prozent Polen), Ostrowo (54 Prozent) und Gnesen (61 Prozent).

Selbst bei den posenschen Städten handelt es sich keineswegs um „künstlich aufgepropfte Beamtenniedlungen“. Will man sie schon künstlich nennen, so sind sie größtenteils künstliche königliche und grundherrliche Schöpfungen aus der polnischen Zeit; aber das Beamtentum spielt in ihrer Einwohnerschaft nicht die entscheidende Rolle. Bei den Berufszählungen ist das Militär- und Beamtentum in einer besonderen Berufsabteilung („Militär-, Hof-, Staats-, Kommunal-, Kirchendienst und freie Berufe“) gezählt. In dieser Berufsabteilung, deren Angehörige zu $\frac{1}{6}$ in den Städten wohnen, waren 1905 in den Städten der ganzen Provinz Posen nur 35390 männliche deutsche Erwerbstätige vorhanden, daneben 3508 Polen. Im ganzen aber waren 1905 in den Städten der Provinz Posen von der über 15 Jahre alten männlichen Bevölkerung erwerbstätig: 121320 Deutsche und 86222 Polen. Abzüglich jener Berufsabteilung, die das Militär und die Beamten umfaßt, bleiben also 85930 männliche deutsche Erwerbstätige und 82714 polnische. Also auch ohne Militär und Beamtentum ist selbst in den Städten der Provinz Posen das erwerbstätige deutsche Element dem polnischen überlegen. Für die Provinz Westpreußen ist es gar nicht nötig, diesen Nachweis zu erbringen; denn dort stehen in allen Städten zusammen nach Abzug des Militärs, des Beamtentums und der freien Berufe 120000 deutschen Erwerbstätigen nur 22000 polnische Erwerbstätige gegenüber.

Bentschen, eine deutsche Stadt

Wir wollen im Folgenden mit sicheren Gründen, vor allem mit Zahlen¹⁾ nachweisen, daß die Stadt Bentschen im Sinne von Punkt 13 des Wilson'schen Programms unzweifelhaft deutsch ist. Wir führen diesen Nachweis mit Rücksicht auf die Friedensverhandlungen, durch welche die staatlichen Verhältnisse unseres Ostens nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker geregelt werden soll.

¹⁾ Die zahlenmäßigen Angaben der Denkschrift beruhen auf amtlichem Material, nämlich

1. auf den Ergebnissen der Volkszählungen,
2. der Berufs- und Betriebszählung von 1907,
3. der Grundsteuertafeln der Stadt Bentschen,
4. den Steuerrollen der Stadt Bentschen,
5. den Akten der Stadt Bentschen.

I. Unser zahlenmäßiges Übergewicht.

1. Wir Deutschen bilden in Bentschen die starke Mehrheit.

Es wohnten in Bentschen:

Im Jahre	insgesamt	Davon		Deutsch also Proz.
		Deutsche	Polen	
1859	1813	1466	347	80,86
1870	2299	1944	355	84,56
..... ²⁾				
1895	3358	1873	1485	55,78
1900	3787	2547	1240	67,26
1905	3905	2654	1251	68,00
1910	4473	2961 ³⁾	1512	66,17
1914	5097	3427	1670	67,25

Die Verschlechterung von 1870 ab wird erklärt

1. durch den Bau der Bahn Berlin—Posen (68—70) und die infolgedessen entstandene Großindustrie — Zuzug und Ansiedlung polnischer Arbeiter —,
2. durch die Versuche der Bank Ludowy und des Marcinkowski-Bereichs, einen bodenständigen polnischen Mittelstand zu schaffen.

2. Wir Deutsche haben die Stadt Bentschen gegründet.

Wir Deutsche sind in Bentschen die Bodenständigen und Eingewesenen; die Polen sind die Zugewanderten.

Von den Bentschener Familien sind ununterbrochen in Bentschen ansässig:

seit mehr als	Jahren	Deutsche Familien	Polnische Familien
150		12	—
"	100	12	3
"	80	8	4

Die 1755 begonnenen Protokollbücher der Tischler-, Schmiede-, Schlosser- und Stellmacherinnungen sind in deutscher Sprache geführt. Die Meister waren sämtlich deutsch. — Die Bäckerinnung hatte unter 13 Meistern, die Müllerinnung unter 12 Meistern je einen Polen. Die Schneiderinnung zählte unter 13 Mitgliedern 2 Polen.

Bentschen ist demnach keine „künstlich aufgepfropfte Beamteniedlung“, sondern seit Jahrhunderten urdeutsch.

3. Das Deutschum Bentschens liegt nicht isoliert, ist nicht Diaspora, sondern ist Teil einer zusammenhängenden Masse rein deutscher Bevölkerung.

Bentschen gehört zu dem fast ganz deutschen Kreise Meseritz, der nach der Volkszählung von 1910 umfasst:

41 059 Deutsche, 12 207 Polen, d. h. 77 Proz. Deutsche.

Aus der beigelegten Karte 1:200 000 geht hervor, daß auch der Landpolizeibezirk (Distrikt Bentschen) nicht nur westlich der Stadt, sondern ganz besonders auch nach Osten hin einen überwiegend deutschen Charakter trägt. Nach der Volkszählung von 1910 hat der Landpolizeibezirk Bentschen (ausschließlich Stadt) 5520 Deutsche, 4223 Polen, d. h. 57 Proz. Deutsche.

Noch stärker betont ist der deutsche Charakter der nördlich, östlich und südlich anschließenden Landpolizeibezirke. Nach der Volkszählung von 1910 hat der nördliche Landpolizeibezirk (Tirschtiegel) einschließlich Stadt Tirschtiegel: 7307 Deutsche, 837 Polen, d. h. 90 Proz. Deutsche; der südliche (Unruhstadt) einschließlich der Städte Unruhstadt, Kopnis und Bomst 7646 Deutsche, 3975 Polen, d. h. 66 Proz. Deutsche.

²⁾ Statistisches Material über die Zwischenzeit fehlt.³⁾ Davon 107 Juden.

Für die Gegend südöstlich Benischen kann der Demarkationslinie wegen Material nicht beigebracht werden. Weiter nach Osten zu nimmt der Prozentsatz der deutschen Bevölkerung nicht etwa ab, sondern im Gegenteil zu. Denn bei Friedenhorst beginnt ein rein deutsches Bevölkerungsmassiv, welches die ganze Südhälfte des Kreises Neutomischel mit der reindeutschen Stadt Neutomischel und dem Nordteil des Kreises Bomst umfaßt. Es sind die um 1712 gegründeten Hauländereien. Benischen ist also nicht ethnographisch strittiges Randgebiet, sondern unlösbarer Bestandteil altdeutschen Landes.

II. Unser wirtschaftliches Übergewicht.

1. Der städtische Grundbesitz ist überwiegend deutsch.

a) An Privatbesitz war vorhanden:

1910	überhaupt	davon		deutsch Proz.
		deutsch	polnisch	
	830 ha	690 ha	140 ha ⁴⁾	82 Proz.

b) An Wohnhäusern waren vorhanden:

1910	überhaupt	davon		deutsch Proz.
		deutsch	polnisch	
	447	357	90 ⁵⁾	73 Proz.

Das Verhältnis ist früher — vor dem Eisenbahnbau (1870) und vor dem Einsetzen der Polonisierungsbefreibungen der Bank Ludowy und des Marcinkowski-Vereins noch günstiger für uns Deutsche gewesen.

a) An Privatbesitz war vorhanden:

1870	überhaupt	davon		deutsch Proz.
		deutsch	polnisch	
	830 ha	716 ha	114 ha	87 Proz.

b) An Wohnhäusern waren vorhanden:

1870	überhaupt	davon		deutsch Proz.
		deutsch	polnisch	
	287	219	68	77 Proz.

2. Wir Deutschen sind in allen Berufen die Herrschenden.

Das beweisen die Feststellungen der Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1907. Es waren 325 Hauptbetriebe vorhanden, davon waren 283 in deutschen, 42 in polnischen Händen. Von diesen 325 Hauptbetrieben waren 119, davon waren 83 deutsch, 36 polnisch.

Die wirtschaftlich wichtigere 2. Gruppe, die der Mitinhaber-, Gehilfen- und Motorbetriebe, ist fast ausschließlich deutsch.

Es waren vorhanden:

	Betriebe mit		Besitzer davon:		deutsch Proz.
			deutsch	polnisch	
1.	1 Person	1	1	—	100 Proz.
2.	2 Personen	48	38	10	80 "
3.	3 "	47	32	15	68 "
4.	4—5 "	33	30	3	91 "
5.	6—10 "	13	13	—	100 "
6.	11—20 "	4	4	—	100 "
7.	21—50 "	2	2	—	100 "
8.	51—100 "	2	2	—	100 "
9.	101—500 "	1	1	—	100 "

⁴⁾ Davon 125 ha Ackerland in den 1—2 Kilometer entfernten Abbauten.

⁵⁾ Davon 58 in den 1—2 Kilometer entfernten Abbauten.

III. Unsere überlegenen steuerlichen Leistungen.

1. Steuerverhältnisse in Bentschen im allgemeinen.

Von den Steuern brachten auf:

im Jahre	die Deutschen Proz.	die Polen Proz.
1890	89	11
1900	84	16
1905	87	13
1910	85	15

2. im einzelnen

Von den Gebäudesteuern zahlten:

im Jahre	die Deutschen Proz.	die Polen Proz.
1890	91	9
1900	89	11
1905	88	12
1910	86	14 ^{o)}

Von den Einkommensteuern zahlten:

im Jahre	die Deutschen Proz.	die Polen Proz.
1890	90	10
1900	85	15
1905	94	6
1910	93	7

Von den staatlichen Ergänzungssteuern zahlten:

im Jahre	die Deutschen Proz.	die Polen Proz.
1890	95	5
1900	96	4
1905	95	5
1910	92	8

Von den Gewerbesteuern zahlten:

im Jahre	die Deutschen Proz.				die Polen Proz.			
	Klasse I	II	III	IV	I	II	III	IV
1900	100	100	100	81	—	—	—	19
1905	100	100	100	80	—	—	—	20
1910	100	100	100	76	—	—	—	24

IV. Unser kulturelles Übergewicht.

Von unseren Ärzten sind 4 deutsch, einer polnisch; der Rechtsanwalt, Apotheker, die Direktoren der Großunternehmen (Oberlandzentrale, Stärkefabrik) sind deutsch.^{o)} Eine polnische Intelligenz ist nicht vorhanden.

Von den Kindern, welche die städtische höhere Schule besuchten, waren:

im Jahre	deutsch	polnisch
1914	96 Proz.	4 Proz.
1916	99 "	1 "
1918	95 "	5 "

Für den ganz deutschen Charakter der Stadt und ihrer Umgegend spricht auch folgende Tatsache:

In Bentschen wurden in den Jahren 1883 bis 1914 20 736 Notariatsakte aufgenommen. Darunter befanden sich 1028 Akte, bei denen es der Zuziehung eines Dolmetschers der polnischen Sprache bedurfte. Das entspricht einem Prozentsatz von 5. Von den polnischen Notariatsakten entfielen nur 37 auf Beteiligte der Stadt Bentschen, was einen Prozentsatz von 0,18 ergibt.

^{o)} Auch diese Verschlechterung des deutschen Anteils wird erklärt durch die Tätigkeit der Bank Ludowy und des Marcinkowski-Vereins.

^{?)} Die Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Kirchenbeamten sind hier nicht berücksichtigt.

V. Wir fühlen deutsch und wollen bei Deutschland bleiben.

Bei den Reichstagswahlen 1912 (allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahl) wurden im Stimmbezirk Stadt Bentzen abgegeben:

Wahlberechtigte	deutsche Stimmen	polnische Stimmen
896	531	289

Die Ergebnisse der Nationalversammlungswahlen können nicht herangezogen werden, da die Gefechtsleitung des Abschnitts Bentzen die Abhaltung der Wahl im südlichen Stadtteil untersagte. Aber daß unser völkisches Bewußtsein heute lebendiger ist denn je, beweist die Tatsache, daß die Petition der Männer und Frauen des Kreises Meieritz vom Dezember vorigen Jahres um Verbleiben im deutschen Reiche in Bentzen allein trotz der Abwesenheit vieler Feldgrauer über 1600 Unterschriften fand. Und als der deutsche Volksrat Westpomens die Deutschen Ende Dezember 1918 zur Wahl von Abgeordneten für einen deutschen Volkstag aufforderte (die Wahl fand nach dem freiesten Wahlrecht der Welt, dem zur Nationalversammlung, statt), da haben sich an dieser Wahl von 1842 deutschen Wahlberechtigten aus Bentzen (Männer und Frauen über 20 Jahr) 1231 an der Wahl beteiligt.

Bentzen ist deutsch und will bei Deutschland bleiben!

Aus den Deutschen Volksräten

Neuerliche Kreis-Volksratswahlen.

Bromberg-Stadt: Obmann Prorektor Dr. Gille.

Wirzig: Obmann noch nicht gewählt.

Gilehne: Obmann Kreisschulinspektor Lawin.

Thorn-Stadt: Obmann Fabrikant Krause.

Briesen: Obmann Pfarrer Müller.

Culm a. W.: Obmann Rechtsanwält Baer.

Karthaus: Obmann Raschert.

Wongrowitz: Obmann Stubenrauch.

Ein Südgau der deutschen Volksräte Westpreußens wurde in einer Vertreterversammlung gegründet, die am 15. März in Thorn im Artushof unter Vorsitz des Amtsrichters Thieme-Culm stattfand. Der Südgau umfaßt die Kreise Thorn Stadt und Land, Culm, Schwetz, Briesen, Strassburg und Löbau und hat seinen Sitz in Thorn. Der geschäftsführende Vorstand besteht aus den Herren Kreisbaumeister Krause, Fabrikbesitzer Adolf Krause-Thorn und Stadtssekretär Kriebel-Culmsee. Der weitere Vorstand setzt sich aus Delegierten der einzelnen Kreise zusammen. Zum Schluß wurde ein Telegramm an die Reichsregierung abgesandt, in dem unter Hinweis darauf, daß bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Posen die Abtretung

einzelner Kreise der Provinz Posen zur Erörterung stehen soll, gegen die Preisgabe ostmärkischen Grund und Bodens energisch protestiert wird.

Bromberg. Im Zeichen der Aufklärungs- und Festigungsarbeit am deutschen Wesen stand der Lichtbildervortrag, den Sonntag nachmittag der Deutsche Volksrat in der Hindenburg-Oberrealschule veranstaltete. Vor einer dichtgedrängten Zuhörerschaft unternahm es der Kunstschriftsteller Karl Reißner aus Berlin, vom Vorsitzenden Prorektor Dr. Gille, als ehemaliger Schriftführer des Dürerbundes und als derzeitiger Mitarbeiter der Deutschen Vereinigung in ihrer Geschäftsstelle Bromberg begrüßt, „Deutsche Art in deutscher Kunst“ zu zeigen. Der Redner führte seine Hörschaft zu Höhepunkten deutscher Malerei im 19. Jahrhundert, in dessen Welt die Gegenwart sich noch wie Mensch zu Mensch einzufühlen vermag, zu Schwind, Richter und Methel. Was Redner im Anfang des Vortrages versprochen hatte, den Herbeigekommenen eine stille Stunde zu bereiten, die für den harten Kampf draußen stärken soll, hat er redlich erfüllt. Gestärkten Herzens und, wie der Vorsitzende Dr. Gille im Schlußwort betonte, mit dem Willen zum Leben

und Siehdurchsetzen als Deutsche, ging die Versammlung auseinander.

Die überaus bedeutsame Rede, die der Vorsitzende des Bromberger Vollzugsaus-schusses Stüfel in dessen Sitzung vom 25. März gehalten hat und die auszugsweise in der gesamten Reichspresse größte Beachtung gefunden hat, enthielt nach dem ausführlichen Bericht der Bromberger sozialdemo-kratrischen „Volkstimme“ vom 27. März folgende Ausführungen:

Der Redner erinnerte daran, daß die polnische Frage nicht vom innerpolitischen, sondern vom außerpolitischen Standpunkt aus beurteilt werden muß. Erzberger hat leider bei den letzten Waffenstillstandsver-handlungen die polnische Frage in den Waffenstillstand mit aufnehmen lassen und die in unserem eigenen Lande befindliche polnische Bevölkerung ist uns als feindliche Macht otkroyiert worden. Frankreich füßt sich mit unseren polnischen Mitbürgern als verbündete Macht, die Frage muß jetzt also von inter-nationalen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Doch hat den Polen die Provinzen Posen und Westpreußen versprochen. Er hat weiter die völlige Zerrüttung unseres Reiches im Auge. Nicht nur hier im Osten, auch im Westen Deutschlands unterstützt er Ab-sonderungsbestrebungen. Deutschland soll eben unter allen Umständen geschwächt werden. Wir haben erklärt, daß unsere militärische Macht zusammengebrochen ist und wir nicht daran denken, den Kampf gegen die Entente wieder aufzunehmen. Frankreich scheint uns das aber nicht glauben zu wollen. Es fragt sich nun, ob ein solcher Frieden, wie ihn die Entente uns vorzuschreiben gedenkt, über-haupt abgeschlossen werden kann. Erfreu-licherweise ist sich die Bevölkerung darüber klar, daß ein Wiederaufbau Deutschlands in 40 bis 50 Jahren nicht stattfinden kann, wenn die drückende Hand Frankreichs auf uns lastet. Auch die Arbeiterklasse will nicht, daß sie 40 bis 50 Jahre arbeiten soll, um die Sieger zu befriedigen. Es greift eine tiefe Bewegung um sich, die sich von Tag zu Tag zuspitzt. Unsere Vertreter haben er-härt, ehe wir einen solchen Frieden akzeptieren, wollen wir lieber gar keinen Frieden haben. Das ist auch der Standpunkt aller Arbeiter,

auch der hiesigen. Die besitzenden Klassen werden in diesen Dingen freilich anderer Ansicht sein. Die arbeitende Klasse bildet aber das Gros des deutschen Volkes und sie wird zusammenstehen gegen ihre Bedrücker. (Beifall.) Will die Entente uns die schärfsten Bedingungen aufhalsen und die Arbeiter 50 Jahre Frondienste leisten lassen, so wird diese die Arbeit niederlegen und dann sollen sie kommen und sich selber die Werte schaffen. (Lebhafte Bravo!) — Die 30 000 Mann, die in Danzig gelandet werden sollen, um angeblich nach Polen weiterbefördert zu werden, sie sollen nur Danzig besetzen. Dadurch würde der Bürgerkrieg in West-preußen ausbrechen und mit Recht hat sich die Bevölkerung dagegen aufgelehnt. Wenn die Entente zu Zwangsmaßnahmen greifen will, so soll sie das tun. In Ungarn hat sie das auch getan und wir erleben das Schauspiel, daß die Regierung die Räte-republik ausgerufen hat. Dadurch sind die Abmachungen mit der Entente erledigt. Man verbündet sich also mit Rußland, um sich der Bedrücker zu erwehren. Diese Tatsachen können an uns nicht vorübergehen. Wir haben im Vollzugsauschuß dazu Stellung genommen und sind zu dem Schluß ge-kommen, daß wir gegebenenfalls keine andere Politik treiben könnten. — Czarnicki hat uns vorgeworfen, wir treiben antipolnische Politik. Es berührt eigentümlich, daß die polnischen Arbeiterführer ihre Politik mit der der polnischen Chauvinisten auf gleichen Boden stellen. Dadurch sprechen sie aus, daß sie Arbeiterinteressen nicht vertreten. — Wenn die Polen ihre jetzt beliebte Sprache gegen die frühere Regierung gerichtet hätten, so hätte man das verstehen können. Wenn man das aber unserer heutigen sozialistischen Regierung gegenüber tut, so ist das nur so zu verstehen, daß die polnischen Schlachzigen mit unseren sozialistischen Neuerungen nicht einverstanden sind; sie wollen für Polen keine demokratische Staatsform. Das muß ausgesprochen werden. Der polnische Arbeiter weiß nicht, wie die Dinge liegen. Er hätte sonst keinen Grund, für diejenigen die Hand ins Feuer zu legen, die ihn weiter bedrücken wollen. — Die Aussichten, ein selbständiges polnisches Reich zu werden, werden von Tag

zu Tag geringer. Die Polen können ihre Wünsche nicht durchführen, denn wir bieten ihnen Widerstand. Wenn die Entente uns Bedingungen aufzwingen wolle, können auch wir uns mit dem russischen Reich verbünden. Die Situation wird von Tag zu Tag klarer. Wir haben nichts gegen den polnischen Arbeiter und bekämpfen den polnischen Reaktionsär wie den deutschen. Wenn die polnische Arbeiterschaft es will, werden wir gemeinsam arbeiten können. Treibt sie aber die Sache so weiter, so wird der Bolschewismus die Folge sein und dann wird sie nichts mehr retten. Die russische Welle ist nicht aufzuhalten. Wenn Frankreich seine Nachsicht weiter so zum Ausdruck bringt, so wird es an seiner Niederträchtigkeit zugrunde gehen. Wir richten an alle die Mahnung, daß sie einig bleiben in jeder Beziehung. Sollte es dahin kommen, daß wir es halten müssen wie Ungarn, auch dann wollen wir zusammenstehen. Ein so hochintelligentes Volk wie es das deutsche ist, ist nicht gewillt, sich dauernd in Knechtschaft zu begeben. (Beifall und Händeklatschen.) —

Gegen jede Zerstückelung des Reiches und gegen jede Abtrennung von Gebietsteilen im Osten wandte sich am 30. März eine **Bromberger Kundgebung**, die hinsichtlich der Zusammenfassung ihrer Teilnehmer wie des in den Reden zum Ausdruck gekommenen unbeugsamen Willens ein Ereignis von größter Tragweite bedeutet. Erschienen waren die Vertreter der deutschen Volksräte aus der Provinz Posen und Westpreußen gemeinsam mit den Arbeiter- und Soldatenräten aus den Orten des unbesetzten Teiles der **Provinz Posen und aus Westpreußen**.

Die Hauptrede hielt der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates Bromberg Stößel (Mehrheitssoz.). Er brachte in seiner groß angelegten Rede dieselben Gedanken mit Wucht zum Ausdruck, die er in seiner (oben wiedergegebenen) Ansprache an die ostmärkischen Arbeiterräte bekanntgegeben hatte.

Geheimrat Cleinow von der Deutschen Vereinigung wandte sich an die deutschen Volksräte, die Mahnungen Stößels zur Einigkeit des ganzen Volkes ins Land hinauszutragen und forderte die Schaffung einer

kriegstüchtigen Armee (Bravo und Händeklatschen). Die Rekruten müßten moralisch auf den Kampf vorbereitet werden. Alle übrigen Redner, darunter die Vertreter der Soldatenräte, gaben Erklärungen ab, die Truppen des Grenzschutzes und die Bevölkerung brennen darauf, die geraubten Gebietsteile wiederzunehmen. Aber sie dürfen nicht, da sie von oben daran gehindert werden, obwohl die Polen überall den Waffenstillstand gebrochen haben. Der Vertreter Kolmar schlug vor, nur bis zu einem bestimmten Tag zu warten mit der Wiedereinnahme der von den Polen geraubten Gebietsteile. Mit tosendem Beifall wurde nachstehende Entschliesung angenommen:

Der am 30. März 1919 zusammengetretene Kongreß von Arbeiter- und Soldatenräten und deutschen Volksräten von Stadt und Land des unbesetzten Teiles der Provinz Posen und Vertretern Westpreußens für über 1½ Millionen Einwohner aller Städte erhebt einmütigen Protest gegen die Abtretung deutscher Gebietsteile, insbesondere hinsichtlich der Ostgrenze. Durch Zulassung der Einbeziehung des Polenaufstandes in die Waffenstillstandsverhandlungen ist dem Deutschen Reich ein neuer Feind geschaffen worden, der das gesamte Wirtschaftsinteresse des Deutschen Reiches gefährdet, als offizieller Verbündeter mit den Ententemächten den Vernichtungskampf gegen Deutschland unter Bruch des Waffenstillstandes vom 1. November vom Osten des Deutschen Reiches her wieder aufgenommen hat. Als Beweis dafür gilt auch das Ansinnen der beabsichtigten Landung der polnischen Truppen in Danzig. Der Kongreß protestiert mit aller Entschiedenheit gegen derartige Vergewaltigungen und die Absicht der Entente, innerhalb unserer Landesgrenzen ein polnisches Reich zu errichten, welches die schwersten Gefahren für das Lebensinteresse des gesamten Deutschen Reiches nach sich ziehen muß. Der Kongreß fordert die sofortige Aufhebung der Demarkationslinie, um das durch die Kämpfe zerschlagene Wirtschaftsleben und den Verkehr wiederherzustellen.

In einer gemeinsamen Kundgebung aller deutschen Vereinigungen und Verbände

Bromberg am 31. März führte u. a. der Mehrheitssozialist **Wolff** folgendes aus: Die Drohungen der Entente haben wir als Vorbote dessen anzusehen, was über uns kommen soll. Die Polenlandungen in Danzig geschehen nur aus dem Grunde, um Westpreußen und Teile von Posen zu besetzen. Die Landung in Danzig würde auch den Polenaufstand in Bromberg bedeuten. Das müssen wir verhindern. Wir müssen uns die Frage vorlegen, ob wir den Dingen, die kommen, gewachsen sind, oder ob wir uns gefallen lassen, was die Entente verlangt. Da können wir nur sagen: Unmöglich, die Forderungen der Entente zu erfüllen. Wir müssen als Deutsche noch einmal alle Kräfte zusammenfassen, um dem Gegner zu sagen: Bis hierher und nicht weiter.

Kafel. Zur Erledigung der jetzt sovielen ernststen und wichtigsten Fragen sind regelmäßige wöchentliche Sitzungen anberaumt worden. Jeden Montag tagt die Vertretung abends 8 Uhr bei Selter.

Ein Vortrag für die Flüchtlinge aus Steinburg und Brückenkopf übernimmt Herr **Kasfel**.

Der **Rafel** Volksrat legt besonderen Wert darauf, daß Mitglieder regelmäßig den Stadtverordnetenitzungen beiwohnen. Zu Vertretern werden 4 Personen dahin entsandt.

Die Werbearbeit schreitet rüstig vorwärts, auch unter den Arbeiterständen, so unter den Bahnarbeitern der Zuckersabrik. Dauernd mehrt sich die Zahl der Mitglieder. **Eisensrt** hat 176, **Suchary** 110, **Allinden** 93 und **Urlau** 136 Mitglieder.

Lobfens. Durch den Zusammenschluß aller hiesigen Deutschen im Deutschen Volksrat hat das anmaßende Verhalten der Polen merklich nachgelassen. Zu Neujahr war unsere Stadt einem polnischen Ortskommandanten mit polnischer Bürgerwehr unterstellt. Durch fortgesetztes Drängen des deutschen Volksrats kam es zu einem Uebereinkommen mit den Polen, es wurde eine paritätische Bürgerwehr mit 11 deutschen und polnischen bezahlten Wachleuten unter einem deutschen Kommandanten gebildet. Zwischen den deutschen und den polnischen Mitgliedern der Wehr bestanden dauernd Streitigkeiten,

so daß wir beschlossen, eine deutsche Wehr zu bilden im Anschluß an den deutschen Volksrat. Diese Wehr besteht aus etwa 200 Mann und ist dem Militärkommando Schneidemühl unterstellt. Mittellose Mitglieder erhalten Bezahlung. Die gemischte Wehr wurde entwaffnet. Da der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates **Glowacki**, die Seele des handelnden Polentums, verhaftet wurde, ist es bisher zu neuen Unruhen nicht gekommen. Angesichts der Tätigkeit des Deutschen Volksrats wagen es die Polen nicht mehr, aggressiv vorzugehen. Unsere Wehr würde jeden Putsch niederschlagen.

Güntergoß. Der Deutsche Volksrat Güntergoß hielt Mitte März eine gut besuchte Sitzung ab, in der den Mitgliedern über die Lage der Ostmark und über die Tätigkeit der Deutschen Vereinigung Bericht erstattet wurde. Zur Verlesung kamen verschiedene Rundschreiben sowie der Pressebericht der Deutschen Vereinigung. Das Verhalten der Polen im hiesigen Bezirk kann als ruhig bezeichnet werden. Bei verschiedenen beabsichtigten Verkäufen von Grundstücken scheint die Angst vor den Polen der Grund zu sein oder doch stark dabei mitzusprechen.

Der Deutsche Volksrat Güntergoß sandte an die Reichsregierung und an die Nationalversammlung in Weimar ein Protesttelegramm.

Deutscher Volksrat Jordon und Umgebung. Zu der am 16. März einberufenen Versammlung des Deutschen Volksrates, die Herr Lehrer **Glander** leitete, war Herr **Carl Meißner** aus Bromberg erschienen. Die Ausführungen dieses Herrn über die bereits geleistete Arbeit der Deutschen Vereinigung, seine Mitteilungen über die augenblickliche Lage in der Ostmark und seine anfeuernden Worte für das Deutschtum erfüllten alle Teilnehmer, zu denen auch die Lehrer und Lehrerinnen des hiesigen Lehrvereins gehörten, mit neuem Mut. — Wie in anderen Orten, so tritt auch hier die Gefahr auf, daß deutscher Besitz in polnische Hände übergeht. Durch das Eingreifen einiger Volksräte auf dem Lande konnte mehrmals der Verkauf von Grundstücken an Polen verhindert werden. In den meisten Fällen ist es aber sehr

schwer, die gefährdeten Grundstücke für das Deutschtum zu retten.

Die Sitzung des Volksrates beschloß einstimmig ein Protesttelegramm gegen polnische Ansprüche auf das Weichselgebiet an den Ministerpräsidenten Scheidemann, an den Minister Graf Brockdorff-Rantzau und an das Ministerium des Innern zu senden.

Der Volksrat besteht aus zehn Vertretern der Mitglieder, und zwar sind aus den Kreisen der Beamten, des größeren und kleineren Grundbesitzes, der Handwerker und der Arbeiter je zwei Vertreter entnommen.

Fيلهне. Die deutsche Volksratsbewegung ist einen erfreulichen Schritt vorwärts gekommen durch den Zusammenschluß des Deutschtums im Kreise Fيلهне. Dort haben sich im Deutschen Volksrat die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei und die Christliche Volkspartei, ebenso die Ortsgruppen des Ostmarkenvereins in Fيلهне und in Krenz und Umgegend zusammengetan.

Die Deutschen Volksräte in Schöndorf, Klein-Bartelsee, Neu-Beelitz und Schönhagen hielten am 16. März in der Aula des Evangelischen Seminars eine Mitgliederversammlung ab. In dieser sprach der Hauptschriftführer der Deutschen Vereinigung, Herr Kuhlwein über die politische Gesamtlage und die Tätigkeit der Deutschen Vereinigung. Der Redner betonte hierbei besonders, daß die Bestrebungen der Vereinigung und der ihr angegliederten Deutschen Volksräte nur dann weiteren Erfolg haben könnten, wenn der Aufbau auf breiter demokratischer Grundlage beruhe, und forderte daher die Mitglieder zu kräftigster Kleinarbeit in ihren engeren Bezirken auf. Diesen Anregungen wurde in der folgenden Aussprache allseitig zugestimmt und demgemäß beschlossen, in den nächsten Tagen in den einzelnen Ortschaften Versammlungen zu veranstalten. Am Freitag 21. und Sonntag, 23. d. Mis. sollen diese Versammlungen in Schönhagen, zugleich für Bartelsee und in Schöndorf, zugleich für Neu-Beelitz, stattfinden.

Kolmar i. P. Zum 3. März hatte der deutsche Volksrat eine Volksversammlung in

Sindenburg-Hotel einberufen. Herr Justizrat Raphael eröffnete die gut besuchte Versammlung und erteilte Herrn Rektor Fragke das Wort. Dieser beleuchtete zunächst kurz die Ereignisse seit der Revolution, kam auf die Vorgänge im Kreise Kolmar zu sprechen und gedachte in warmen Worten derer, die in treuer Pflichterfüllung für die Heimat ihr Leben gelassen, gelitten und gestritten haben. Die Versammelten ehrten das Gedächtnis der Gefallenen durch Erheben von den Plätzen. Hierauf beleuchtete Frau Professor Hübinger die Tätigkeit der deutschen Frauenräte in der Provinz, betonte, daß die Frau unter den durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnissen sich im öffentlichen Leben betätigen müsse und forderte zum Schluß die Arbeitnehmerinnen auf, dem Frauenrat beizutreten, damit dieser die Interessen aller Schichten wirksam vertreten könne. Herr Fragke berichtete sodann über das Wirken der deutschen Volksräte und des hiesigen Volksrates im besonderen. Redner erging sich über die Waffenstillstandsverhandlungen, hob hervor, daß die deutschen Volksräte in den von den Polen besetzten Gebieten weiterhin bestehen, dankte Herrn Vikar Westphal, der als Vertreter des abwesenden Vorsitzenden der hiesigen Nada Ludowa sich große Verdienste um den bürgerlichen Frieden durch tatkräftige Unterstützung der dahingehenden Bestrebungen des deutschen Volksrates erworben hat, gab bekannt, welche Forderungen die Vertreter Kolmars auf der am 3. Februar in Schneidemühl stattgefundenen Ministerkonferenz erhoben haben, um die hier herrschende Arbeitsnot zu lindern, teilte ferner mit, daß auf die Bemühungen des deutschen Volksrates hin Inhaftierungen von Polen unterlassen wurden und sprach den Militärbehörden für dieses Entgegenkommen seinen Dank aus. Hiermit war der erste Punkt der Tagesordnung erschöpft. Zu Punkt 2 referierte ebenfalls Herr Rektor Fragke. Er führte aus, daß die Deutschen den Polen gegenüber den bürgerlichen Frieden wahren wollen, aber alles für das Verbleiben des Kreises Kolmar beim Deutschen Reich tun müssen, verlas dann eine Denkschrift, in der die Entwicklung des Deutschtums im Kreise Kolmar geschildert wird, die

samt dem Ergebnis der im Dezember stattgefundenen nationalen Abstimmung dem Protest beigelegt werden soll. Außerdem wurde in einem besonderen Protest dagegen Stellung genommen, daß die Polen in den besetzten Gebieten des Kreises Steuern beitreiben. Herr Justizrat Raphael legte hierauf die unten folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde.

1. An die Waffenstillstandskommission in Trier.
2. An die deutsche Nationalversammlung in Weimar.
3. An die deutsche Reichsregierung.

Es wird überreicht:

1. Das Ergebnis einer nationalen Abstimmung über die zukünftige Zugehörigkeit des Kreises Kolmar i. P.;
2. Eine kurze Darstellung der Geschichte des Kreises Kolmar i. P. nach seiner deutsch-nationalen Entwicklung;

3. Ein Protest des deutschen Volksrats des Kreises Kolmar i. P. gegen eine Einverleibung des Kreises in den polnischen Staatsverband, den eine am 2. März 1919 abgehaltene Volksversammlung einstimmig wie folgt beschlossen hat:

Wir stehen nach wie vor auf dem Wilsonschen Programm des Selbstbestimmungsrechts der Völker und haben in diesem Sinne eine Abstimmung herbeigeführt, deren Ergebnis als Material unter Nr. 1 überreicht wird. Der Kreis hat 45 000 Einwohner. Hiervon haben mehr als 11 000 Erwachsene, über zwanzig Jahre, sich unbedingt für das Verbleiben im deutschen Reichverband erklärt. Da die Abstimmung in den von den Polen besetzten Gebieten unterbunden wurde, entspricht das Ergebnis der Gesamtzahl der deutschen Eingewesenen von 36 000 Seelen. Nach allen früheren Volkszählungen sind stets über 80 Prozent der Bevölkerung als deutsch ermittelt worden. Aber 80 Prozent des Grund und Bodens befinden sich in deutschen Händen. Die gesamte Industrie ist deutsch.

Wie aus Anlage 2 ersichtlich, besitzt der Kreis eine alte deutsche Kultur.

Wir können das Streben der Polen, die Rega als strategische Grenze zu gewinnen,

nicht anerkennen, da wir auf dem Boden des Wilsonschen Vorschlages des Völkerbundes stehen, wonach von Natur besetzte Grenzen in Zukunft keine Bedeutung haben werden. Wir müßten es als eine schwere Vergewaltigung ansehen, wenn durch den Friedenskongreß 80 Prozent Deutscher 20 Prozent Polen untergeordnet würden. Damit würden Zustände geschaffen werden, die den Keim zu ewigen Unruhen in sich tragen und zu unabsehbaren Folgen führen und insofern auch den heißersehnten Weltfrieden dauernd gefährden würden.

Danzig. Nachdem in Marienburg am 2. März die Gründung des Deutschen Volksrats von Westpreußen unter dem Vorsitz des Archivrats Dr. Kaufmann-Danzig als Vorsitzenden und Amtsgerichtsrat Hoffmann-Neuenburg, Fabrikant Krause-Thorn und Pfarrer Müller-Schönsee als Beisitzer erfolgt war, fand am 23. März in Danzig eine zweite Tagung statt. Nachdem die Teilnehmer sich bereits am Vorabend im Danziger Hof zu einer zwanglosen Zusammenkunft vereinigt hatten, wurde die Haupt Sitzung am Sonntag früh im Artushof durch eine Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Archivrat Kaufmann eröffnet, der sich noch die Begrüßungsreden des Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen v. Jagow und des Oberbürgermeisters von Danzig Dr. Sahm angeschlossen. Alsdann ergriff Archivrat Dr. Kaufmann das Wort zu einem interessanten wissenschaftlichen Vortrag, der die historischen Ansprüche der Polen auf Westpreußen schlagkräftig widerlegte. Die anschließenden Berichte der Obmänner der einzelnen Deutschen Volksräte brachten ein interessantes Material über die Stimmung in der Provinz zusammen. Nach Schluß der Vormittagssitzung fand eine von 60 000 Personen besuchte eindrucksvolle Kundgebung unter Beteiligung aller Parteien bis zur äußersten Linken statt, in der Danzigs deutsche Einwohnerschaft gegen die drohende Vergewaltigung durch den polnischen Imperialismus protestierte. Unter den zahlreichen Tischreden, die bei dem gemeinsamen Mittagessen der Volksratsvertreter gehalten wurden, lösten insbesondere die warmen Worte des Arbeitervertreters Gwert-Danzig lebhaften Beifall aus, der den Zusammen-

sturz der chinesischen Mauer des Kastengeistes und Standesdünkels begrüßte. In der nachfolgenden geschäftlichen Sitzung kam die Entschlossenheit aller Kreise der deutschen Bevölkerung Westpreußens zu entschiedenem Ausdruck, den Vergewaltigungsabsichten der Polen, insbesondere der Landung polnischer Truppen den äußersten Widerstand mit den letzten Mitteln entgegenzusetzen.

Culm. Unser Deutscher Volksrat wurde im Anschluß an zwei große, gut besuchte Versammlungen am 21. Dezember v. J. gegründet. In unserem Bezirk liegen die Verhältnisse für Culm selbst verhältnismäßig einfach, doch ist gerade in unseren Kreisen die Arbeit auf dem Lande ungemein erschwert. Die Arbeit in unserem Kreise vollzieht sich folgendermaßen: Zunächst werden die Vertrauensmänner mit Listen herumgeschickt, um festzustellen, wieviel Leute dem Deutschen Volksbunde beitreten wollen, da diese Listen bei der dem Friedensschluß wahrscheinlich vorausgehenden Volksabstimmung oder direkt beim Auswärtigen Amt für die Friedensverhandlungen gebraucht werden dürfen. Bisher sind bei uns etwa 5000—6000 Deutsche auf dem Lande festgestellt worden. Außerdem wird durch diese Listen auch für die Zeichnung von Beiträgen geworben, und da haben wir die betrübende Erfahrung machen müssen, daß die sogenannten „kleinen Leute“ ihr letztes Scherflein zeichnen, die Vermögenden aber zu Zeichnungen nur schwer zu bewegen sind.

Da Culm selbst für die Landbewohner unseres Kreises nur schwer zu erreichen ist, haben wir für jede Gemeinde einen Gemeindevolksrat gegründet, der in der Gemeinde dieselben Aufgaben zu erfüllen hat, wie ein Volksrat für größere Verbände.

Culmsees. Der deutsche Volksrat in Culmsees veranstaltete am Sonntag eine stark besuchte Volksversammlung, in der Männer und Frauen aller Parteien den Gedanken des Zusammenschlusses zum Schutze der deutschen Kultur nach den eindrucksvollen Ausführungen des Schriftstellers Karl Arthur Bollrath begeistert aufgriffen.

Thorn. Das Deutschtum vereinigen, nicht gegen die Polen, mit denen wir in

Zukunft paritätisch leben werden, sondern für uns arbeiten, die guten Kräfte im Volke wieder wecken, das deutsche Selbstbewußtsein stärken, eine „Sozialisierung der Politik“ in der Selbstverwaltung erstreben — das waren einige der Leitsätze, die Geheimerratsrat Cleinow in der Aula des Thorner Gymnasiums vor geladenen Gästen entwickelte. Unsere im Krieg verwilderte Jugend, aber auch die älteren Jahrgänge müssen wir wieder zur Arbeit erziehen. Nur durch die „Moralität der Arbeit“ könne unser um sein Alles kämpfendes Volk gesunden. Um der drohenden Auswanderung zuvorzukommen, sei es nötig, das Kleinsiedlungswesen auf dem Lande rasch zu entwickeln und zwar in Hausbau- und Dorfanlage unter wesentlich schlichteren Formen als früher. In der Stadt aber müßten vor allem Kastengeist und Parteielique fallen und die Deutschen aller Stände zusammenrücken, um zunächst einmal über die gemeinsamen Nöte der engeren Heimat sich auszusprechen. Der Vorschlag des Redners, die Arbeit in der engeren Heimat aufzubauen und auch in Thorn statt des einen großen Volksrates eine Anzahl kleinere Volksräte — etwa acht — für Stadt und Vorstädte zu bilden, fand die Zustimmung der Versammelten und aller Redner. Eine zweite Versammlung im Stadtverordnetensaal, am Tage darauf, zu der auch Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie erschienen waren, übertrug die Neuorganisation, die rasche Fortschritte machen dürfte, dem Vollzugsausschuß des bisherigen Volksrates. Zustimmung der Erklärungen der deutschen Arbeitervertreter verhiessen zwar naturgemäß nicht korporativen Beitritt der Organisation, aber doch bereitwillige Mitarbeit.

Am folgenden Tage fand eine Besprechung mit Großgrundbesitzern des Landkreises Thorn statt, in der die Bildung von Volksräten auf dem Lande unter Beteiligung der Arbeiter und die Siedlungsfragen besprochen wurde. Ein Ausschuß wurde gebildet, der die weitere Arbeit zu leisten haben wird.

Zu einer kraftvollen Kundgebung gestaltete sich die am 20. März vom Deutschen Volksrat Thorn in den Viktoriapark von allen Parteien einberufene Volksversammlung, in

der Geheimrat Kleinow von der Deutschen Vereinigung und der Sozialdemokrat Volk-rath die Hauptreden hielten. Es waren annähernd achttausend Personen in den Sälen und Anlagen versammelt, die zwei Stunden trotz der fünf Grad Kälte aus-hielten. Kleinow gab ein Bild über die Lage und die drohenden Gefahren. Er bezeichnete besonders die Anarchie, die nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern in allen Kreisen der Bevölkerung Platz gegriffen habe, als die größte Gefahr, und neben ihr die inkonsequente Haltung der Regierung in den Friedens-fragen. Bei Besprechung der Polenfrage hob der Redner besonders nachdrücklich hervor, daß keine Macht und kein Friedensspruch die Lasten aus der Welt schaffen könne, daß Polen und Deutsche seit Jahrhunderten aufeinander angewiesen sind und Jahrhunderte aufeinander angewiesen bleiben werden. Es müsse daher unbedingt auf einen Ausgleich der widerstrebenden nationalen Interessen hingewirkt werden. Diese mit lebhafter Zu-stimmung aufgenommenen Ausführungen er-zeugten aus der Versammlung heraus einen Beschluß, der als Ultimatum an die polnischen Volksführer und deren französischen Freunde angesehen werden muß. Es heißt darin, daß Maß der polnischen Übergriffe sei voll. Sollte die Absicht, polnische Truppen in West-preußen einrücken zu lassen, durchgeführt werden, so müßte eine blutige Katastrophe eintreten, hinter der selbst die Schrecken des Weltkrieges verblaffen würden. Nur mit Mühe könne die bäuerliche Bevölkerung durch die Regierungsorgane zurückgehalten werden, zur Selbsthilfe zu greifen. Die Thorner Arbeiterschaft denke nicht daran, sich durch polnische Machtansprüche aus ihren Arbeits-stellen drängen zu lassen, sie werde sie mit allen Mitteln verteidigen. Als Graf Brod-dorff-Rangau aus der Versammlung heraus kritisiert wurde und Kleinow darauf hinwies, daß dieser tatkräftig und zäh an den Grund-lagen, auf denen die Friedensverhandlungen eingeleitet worden sind, festgehalten habe, also im Sinne der Wilsonnote arbeite, erhob

sich brausende Zustimmung. Es herrschte Einigkeit darüber, daß die Regierung nur solche Friedensunterhändler bezeichnen dürfe, die tatsächlich auf dem Boden der Wilson-schen Leitfäden stehen, in deren Geist ein-gedrungen sind und die moralischen und geistigen Fähigkeiten und Kräfte besitzen, sie zu verteidigen. In diesem Sinne wurde eine Entschliebung an die Regierung und an die Waffenstillstandskommission gerichtet, ferner wurde einstimmig der Zusammenschluß aller Deutschen zur Deutschen Vereinigung nicht mit der Spitze gegen die Polen, sondern zum Zwecke des inneren Wiederaufbaues des deutschen Volkstums, sowie die Einrichtung deutscher örtlicher Volksräte nach den Vor-schlägen Kleinows beschlossen. Die unter-losendem Beifall gefasste Entschliebung lautet:

„Annähernd achttausend deutsche Männer und Frauen Thorns aller Parteien haben mit Befremden von dem Verlaufe der Ver-handlungen in Posen Kenntnis genommen und daraus ersehen, daß Wilsons Noten, die doch die Grundlage unserer ganzen Friedens-politik bilden, bei gewissen Unterhändlern in Vergessenheit geraten sind. Wir fordern von der Regierung, daß sie nur solche Personen mit der verantwortungsvollen Arbeit am Frieden betraue, die befähigt sind, die Ab-weichung von Wilsons Grundsätzen bei Polen und Franzosen zu verhindern. Wir werden mit Gut und Blut hinter der Regierung stehen, die treu an Wilsons Grundsätzen fest-hält, und damit das Deutschtum der Ostmark am kräftigsten verteidigen. Für Katastrophen, die jede Abkehr von Wilsons Grundsätzen nach sich ziehen muß, lehnen wir die Ver-antwortung ab.“

Als wichtigsten Erfolg der großen Volks-versammlung in Thorn vom 20. März können wir mitteilen, daß sich im Landkreise Thorn etwa fünfzehn Arbeitsausschüsse zur Gründung Deutscher Volksräte gebildet haben. Außer-dem hat die Arbeiterschaft von Podgorz die Gründung eines Deutschen Volkstrates in die Hand genommen.

Pressstimmen

1. Polnische Presse

Ein für alle Teilnehmer der machtvollen Danziger Kundgebung vom 23. März außerordentlich belustigender Bericht in der Danziger „Gazeta Gdaniska“ vom 26. März verdient es um deswillen, was er widerwillig oder unbewußt zugibt, als Dokument einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden:

„Die Beerdigung des deutschen Danzigs fand am Sonntag bei sehr zahlreicher Teilnahme der rechtgläubigen Deutschen statt. Auf dem Heumarkt hatten sich ein paar tausend! aller derjenigen versammelt, die „ferndeutsch“ sind. Es wurde gleichzeitig eine ganze Reihe von Reden gehalten. Der ungemeine Frost hatte die Nasen rot gefärbt, und der unerträgliche Wind war so ungeneigt zu diesem Begräbnis aller deutschen Hoffnungen auf Danzig, daß er blies, als wäre er dazu angestellt, und deshalb könnte man schon auf zwanzig Schritte nichts mehr von dem hören, was jeder einzelne Redner von der Zugehörigkeit zu Deutschland sprach. Jeder konnte nur erraten, daß Danzig eine urdeutsche Stadt ist und in Ewigkeit bleibt. Amen! Es war auch kein außerordentliches Interesse vorhanden.

Nach der wahrhaft amerikanischen Reklame der letzten Tage, die hier in Danzig von deutscher Seite veranstaltet wurde, konnte man glauben, daß der arme Heumarkt von der deutschen Demonstration zerspringen würde, weil er nicht alle Deutschen fassen wird. Indessen sammelten sich auf dem Heumarkt von den 200 000 Deutschen, die hier in Danzig nach der deutschen Statistik sein müssen, nur ein paar tausend. Darunter befanden sich auch noch sehr viele neugierige Polen, auch Amerikaner und Franzosen von den hier weilenden Kommissionen. Das meiste Interesse zeigten die Amerikaner; sie kauften Broschüren und nahmen die deutschen Aufrufe entgegen, die bei dieser Gelegenheit trotz des großen Papiermangels verkauft und reichlich verteilt wurden.

Die Stimmung war traurig, geradezu bedrückt, und was am wichtigsten ist: die Teilnehmer an dem Protest schienen meistens auf dem Markt zu stehen wie Leute, die dazu gezwungen worden sind, denen es schon ganz gleich ist, ob es so oder anders werden wird. Es war nicht zu ersehen, daß dieser unbedingte Protest ihre Ansicht sei. Es ließen sich auch Stimmen hören: „Hauptsache, daß wir was zu essen bekommen!“ — als die Rede von neuem weiteren „Durchhalten“ war. Dieses Durchhalten hat das Volk schon satt. Denn es hat genug Beweise, wie oft und lange, nämlich während aller Kriegsjahre, es betrogen wurde.

Übrigens: Wenn nicht die Sozialisten wären, die ihre Leute amtlich aufgefordert hatten, wären sehr wenige dagewesen; denn die Sozialisten fanden sich massenweise, wie auf Kommando, ein.

Schade, daß ihre Politik mit einemmale so schwarz-weiß-rot geworden ist! Ohne sie hätten sich alle alldeutschen Kropftauben ausdrücklich überzeugt, wie wenig sie in Danzig bedeuten.

Aber auch in den Sozialisten scheint diese patriotische Stimmung nicht tief zu sitzen. Denn ein deutscher Patriot kroch auf das Denkmal des Kaisers Wilhelm und wollte ihm das Haupt befränzen. Er hatte aber seine Kräfte nur nach seiner Absicht gemessen: denn er konnte nicht hinaufklettern und hing deshalb den Kranz dem Denkmalgroß des Kaisers an die Füße. Als man zuletzt anfing, das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ zu singen, da klang das Lied etwas elendiglich trotz des Orchesters, das vorbereitet war, wie zum Zeichen, daß Deutschland schon nicht mehr über alles ist, denn nach den prophetischen Worten der „Kotte“ von Maria Konopnicka ist der Ritterkopf von den hochmütigen Höhen in Staub und Asche herabgestürzt.

Augenzeugen versichern uns, daß nur Kinder und alte Weiber sangen, und jener Sozialist hat es sich so überlegt, daß er auf

das Denkmal trotz und den Kranz dem Pferd von den Füßen herunternahm.

Dieserjenigen Deutschen, die es für passender hielten, während der Feier in den Restaurants zu sitzen, sagten: „Das ist ja alles umsonst! Heute protestiert man, morgen landen die polnischen Truppen und übermorgen haben wir in aller Ruhe den von den polnischen Truppen über Danzig verhängten Belagerungszustand.“ Diese Deutschen haben sichtlich die richtige Erkenntnis und sind deshalb der Wahrheit am nächsten.“

2. Auslandspresse

Der liberale „Manchester Guardian“ schreibt: Die Erfahrung zeigt, daß ungerechte Gebietsregelungen letzten Endes demjenigen, von dem sie ausgehen, weder Schutz noch Nutzen bringen. Die deutsche Republik der Zukunft wird, wenn sie gerecht und mit Mäßigung behandelt wird, noch ein friedliches und versöhnendes Mitglied der europäischen Staatenfamilie werden. Wir sollen es uns doppelt und dreifach überlegen, ob wir eine solche Entwicklung unmöglich machen sollten.

Die englische Arbeiterwochenschrift „The Herald“ vom 29. März schreibt: Danzig bleibt noch immer der Schlüssel zur Lage. Wenn Danzig den Polen gegeben wird, wird Deutschland den Frieden nicht unterzeichnen, und es wird in Mitteleuropa auf unbestimmte Zeit ein chaotischer Zustand herrschen. Die Reaktionäre und Imperialisten in ganz Europa mögen noch so sehr über die bolschewistische Gefahr klagen, die Rettung Ungarns von der Schreckensherrschaft, die Befreiung der Zivilisation predigen, und einen großen Vernichtungsfeldzug gegen das Sowjet-System fordern, der Zehnerrat möge „Schritte tun“, Pläne entwerfen und sich über Maßregeln einigen, schließlich werden doch die Arbeiter entscheiden müssen. Werden sie zugeben, daß sie noch einmal unter die Waffen gerufen werden? Werden sie sich dazu hergeben, sich zu Tausenden umbringen zu lassen, damit Danzig eine polnische Stadt und eine Basis

der Alliierten gegen die Bolschewisten wird? Oder werden sie sich ein für alle Mal für die Selbstbestimmung, gegen Annexion und Plünderung und für den Frieden in Europa erklären? An anderer Stelle schreibt das Blatt: Bei den Alliierten dämmert jetzt endlich die Erkenntnis auf, daß sie bei dem Wiederaufbau Europas die Hilfe Deutschlands nötig haben.

Der Pariser Korrespondent des „Herald“ berichtet, er sei in der Lage mitzuteilen, daß Lloyd George weder für die Lostrennung von fast zwei Millionen Deutschen von ihrem Vaterlande ist, um den Polen einen Korridor zur See zu verschaffen, noch für die Annexion des Saarbeckens. Lloyd George, schreibt der Korrespondent, sei sich völlig bewußt, daß das Saarbecken mehr deutsch ist, als Großbritannien britisch, und daß die Auslieferung an die Franzosen den vollständigen Verzicht auf die ausgesprochenen Ideale der Alliierten bedeuten würde.

Die französische Presse vom 31. März bringt den Text des Notenwechsels wegen Danzig und stellt mit Sorge fest, daß Deutschlands Trotz wiederum die Stellung von Sieger und Besiegten verschoben habe. Das deutsche Angebot, Stettin, Königsberg oder Memel als Landungsplatz für die polnischen Truppen anzunehmen, sei so geschickt, daß man die Angelegenheit nicht auf die Spitze treiben könne. Je länger der Friede hinausgeschoben werde, desto weniger werde Deutschland zur Nachgiebigkeit bereit sein.

Die Pariser Ausgabe der stets sehr gut über amerikanische Auffassung unterrichteten „Chicagoer Tribune“ vom 30. März teilt mit, daß Wilson die Berechtigung des deutschen Standpunktes in der Danziger Frage voll anerkenne. Die Truppen werden daher in anderen Häfen landen. 30 Schiffe von je etwa 5000 Tonnen und weniger als 18 Fuß Tiefgang werden bereits zusammengestellt, da die tieferen Fahrtrinnen in Stettin und Königsberg noch minenverseucht sind und daher nur flache Seitenkanäle benutzt werden können.

Kleine Nachrichten

Entrechtung deutscher Beamten in Posen.

Auf Anordnung des Kommissariats des Obersten polnischen Volksrats gibt der Oberpostdirektor in Posen bekannt, daß diejenigen Beamten und Unterbeamten, welche im Grenzschutz Dienst getan haben, unter keiner Bedingung wieder eingestellt werden, und daß deren Angehörigen sämtliche Unterfügungen entzogen werden. Das gleiche gilt für diejenigen Beamten, deren Söhne das 21. Lebensjahr noch nicht überschritten und ebenfalls im Grenzschutz Dienst getan oder noch Dienst tun.

(Egl. Rundschau Nr. 160 vom 31. März.)

Den Polen schilt es an Lehrkräften. Der oberste polnische Volksrat hat sich gezwungen gesehen, seinen Erlaß über Absetzung aller deutschen Oberlehrer und Studienassessoren aufzuheben. Der Grund ist auf die Erkenntnis zurückzuführen, daß es den Polen nach dem 1. April derart an Lehrkräften fehlen würde, daß der Schulbetrieb vollständig eingestellt werden müßte.

(Woff. Ztg. Nr. 166 vom 31. März.)

Polnische Amtssprache. Auf Anordnung des Kreis- und Stadtkommandanten zu Hohen-

salza ist in der Stadt und Kreis Hohenhalza die Amtssprache polnisch. Sie kann deshalb bei sämtlichen Behörden schriftlich wie mündlich angewendet werden. Beamte, die sich dieser Verfügung widersetzen, werden mit Verweisung aus dem Amte bzw. mit Geldstrafe bis 500 Mark oder mit einer und der anderen Strafe bestraft.

(Vokalanz. Nr. 141 vom 31. März.)

Stadtverordnetenwahlen in Posen. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Posen erhielten die Deutschen 23 780 Stimmen, die Nationaljuden 1692, die Polen 55 594, die Sozialdemokraten 2650, ein Wilder 557. Die Deutschen erhielten also 28 Prozent, die Nationaljuden 2 Prozent, zusammen also 30 Prozent. An Mandaten erhalten durch diese Wahlen die Polen 41, die Deutschen 17, die Sozialdemokraten 1, die Juden 1. Unter den in Polen herrschenden politischen Zwangszuständen muß dieses Ergebnis für die Deutschen als recht günstig angesehen werden, da zweifellos viele von ihnen aus begreiflichen Gründen nicht zur Wahl gegangen sind bzw. nicht zur Wahl gehen konnten.

(Dtsh. Tagesztg. Nr. 155 vom 27. März.)